

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/02/2007
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Dienstag, 27.02.2007
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Erhebung von Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung in Hagen
Vorlage: 0868/2006
6. Sprachstandserhebung in Kindertageseinrichtungen
Hier: Unterbringung der Kinder
7. Stellenplan 2007 für den Fachbereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0092/2007
8. Zuschüsse zu den Teilnehmerbeiträgen von Ferienfreizeiten
Vorlage: 0132/2007
9. Anfrage der CDU-Fraktion gem. § 10 (1) GeschO des Rates
Umsetzung von Handlungsempfehlungen aus dem Gesundheitsbericht
Hier: Gewalt gegen Kinder
10. Satzungen zu Betreuungsangeboten für Kinder in Hagen
Vorlage: 0111/2007



11. Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Hagen 2007 - 2009
Zweite Lesung
Vorlage: 0030/2007 – **Zweite Lesung** -
12. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt Frau Machatschek und Herrn Schmidt als neue Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. Frau Machatschek tritt die Nachfolge von Herrn Jörg an. Herr Schmidt vertritt den Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Anschließend wird Herr Schmidt vereidigt.

Herr Strüwer teilt mit, dass die Vorlage zu der Personal- und Betriebskostenübernahme des Kindergartens Auf der Heide zurückgezogen wurde und der nichtöffentliche Teil der Sitzung daher entfällt.

2. Mitteilungen

Herr Steuber erklärt, warum der Beratungsbedarf der Vorlage bezüglich der Personal- und Betriebskostenübernahme des Kindergartens „Auf der Heide“ entfallen ist. Es sei gelungen, entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

Herr Goldbach stellt die Prioritätenliste zur Kinderspielplatzbedarfsplanung vor, die dem Protokoll **als Anlage** beigefügt wird.

Herr Strüwer bittet die Verwaltung um Ergänzung der Anlage, wie hoch die Beträge seien, die für die Maßnahmen eingesetzt würden. Er habe Herrn Goldbach so verstanden, dass die Mittel, die für 2007 veranschlagt seien, auch in vollem Umfang in diesem Bereich eingesetzt würden. Das sei eine erfreuliche Mitteilung.

Herr Fischer berichtet von einer Veranstaltung, die am 12. Februar im Ratssaal stattgefunden habe. Bei dieser Veranstaltung sei es darum gegangen, wie Jugendliche Politik auch in Zusammenarbeit mit Verwaltung erfahren können. Es hätten sich 180 Jugendliche angemeldet. Das Interesse an Politik wurde deutlich. Er richtet seinen Dank an alle Beteiligten.

Herr Dr. Schmidt bezieht sich auf eine Anfrage von Herrn Fischer aus der letzten Sitzung. Es sei dabei um die Kosten der Offenen Ganztagschule gegangen. Es sei die Befürchtung geäußert worden, dass es bei der Erstattung Probleme geben könne, wenn die Rechnungen nicht zusammengetragen werden könnten. Er liest eine Stellungnahme der GWH vor, in der diese mitteilt, dass bis heute nicht alle Kosten vorgelegt werden könnten, da bauliche Restarbeiten noch nicht abgeschlossen seien bzw. Gewährleistungsmängel noch nicht erledigt seien. Er werde prüfen, inwieweit dort ein Zusammenhang bestehe. Daher könne die Anfrage heute nicht beantwortet werden.



Herr Fischer weist darauf hin, dass mit den nicht erledigten Restmängeln auch Einschränkungen in der Nutzung der bereits laufenden Einrichtungen verbunden seien.

3. Anliegen der Jugendräte

Herr Traut berichtet, dass gestern die konstituierende Sitzung des gesamtstädtischen Jugendrates stattgefunden habe. Auf Nachfrage von Herrn Strüwer teilt er mit, dass der Vorsitz in den nächsten Sitzungen zunächst rotieren solle. In der Sitzung sei ein Anliegen der Jugendratsmitglieder aus Eilpe Thema gewesen. Es gehe um den Elmar-Sportplatz am Krähnocken. Heute seien zwei Vertreter des Jugendrats Eilpe anwesend, um ihr Anliegen dem Ausschuss vorzutragen.

Herr Strüwer greift den Vorschlag auf, die beiden Jugendlichen aus Eilpe ihr Anliegen selbst vortragen zu lassen.

Herr Daniel Kraus stellt sich vor und berichtet, dass eine Gruppe von Jugendlichen aus Eilpe daran interessiert sei, den Elmar-Sportplatz zu behalten, da dies der einzige öffentliche Sportplatz im Stadtteil sei. Der Sportplatz gehöre der katholischen Kirche. Das Grundstück solle an die Stadt Hagen verkauft werden, die darauf Einfamilienhäuser errichten wolle. Er verweist auf den Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 08.05.03, der beinhaltete, dass das Liegenschaftsamt sich um einen Flächenaustausch bemühen solle. Die Stadt habe der katholischen Kirche nur ein Grundstück angeboten.

Er zitiert aus einem Protokoll vom 16.07.04, aus dem hervorgeht, dass das Kinder- und Jugendbüro daran interessiert sei, den Sportplatz zu erhalten. Alle Jugendinstitutionen hätten sich ebenfalls dafür ausgesprochen.

Herr Haensel erklärt, er selbst habe mal Interesse daran gehabt, diesen Sportplatz mit einem Altenheim zu bebauen. Das Gelände sei aus diesem Grund vor ca. 2-3 Jahren beobachtet worden. Es sei eine Erhebung gemacht worden, wie der Platz genutzt würde. Man habe festgestellt, dass der Platz gar nicht von Jugendlichen und Kindern genutzt wurde.

Herr Kraus erwidert, dass eine Gruppe von 6-16 Jugendlichen diesen Platz regelmäßig seit ca. einem Jahr nutzen.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass hier zwei Interessen kollidierten. Er erklärt, dass hier schon politische Beschlüsse vorlägen. Derjenige, der bebauen wolle, habe natürlich auch jetzt einen Anspruch darauf. Er schlägt vor, die Verwaltung zu bitten, nach Alternativen zu suchen. Das Anliegen werde vom Jugendhilfeausschuss unterstützt. In der nächsten Sitzung solle darüber beraten werden.

Herr Steuber schlägt vor, dass die Mitglieder des Bezirksjugendrates Eilpe/Dahl das Umfeld zusammen mit Frau Schwanke nach möglichen Alternativen überprüfen.



4. Bündnis für Familien

Frau Walter berichtet von den Aktivitäten des Bündnisses für Familie. Der Bericht ist dem Protokoll **als Anlage** beigefügt.

Herr Dr. Schmidt kündigt eine Vorlage zur künftigen Finanzierung des Bündnisses für Familien für die nächste Sitzung an. Es werde die Koordinierung des Bündnisses durch Frau Schmitz für drei Jahre vorgeschlagen. Für diesen Zeitraum von drei Jahren seien Sachkosten in Höhe von 30.000 € eingeplant, die aus den eingesparten Mitteln aus dem Jugendkontrakt zur Verfügung gestellt würden. Dazu kämen noch die Personalkosten. Dabei strebe man eine Co-Finanzierung von möglichst 50 Prozent an. Das Kuratorium habe dieser Konstruktion zugestimmt.

Herr Strüwer sieht die Notwendigkeit der Begleitung dieser Planung durch den Jugendhilfeausschuss. Er hätte sich eine frühere Beteiligung der Fraktionssprecher oder der Vertreter der Arbeitsgemeinschaften gewünscht.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass die Politik in der Vorbereitung ausreichend involviert gewesen sei.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass seinerzeit über die mögliche Organisationsform, aber nicht über die konkrete Finanzierung gesprochen worden sei.

5. Erhebung von Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung in Hagen Vorlage: 0868/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber erklärt, dass sich Frau Kleinert im Urlaub befinde und ihn gebeten habe, die Vorlage vorzustellen.

Herr Dücker äußert die Befürchtung, dass die Vielzahl von Berichten und Untersuchungen jeweils ein Eigenleben führten und nicht mehr zusammengeführt werden könnten.

Der demographische Wandel sei eine einmalige Gelegenheit, eine Stadtentwicklungskonzeption in einem Kontext herzustellen.

Herr Dr. Schmidt ist der Meinung, dass dieses Kennzahlensystem langatmige Berichte ersetze und zusammengefaßt in einer Kennzahl bewerte. In einer Reihung der Jahre sei eine Tendenz nach oben oder unten erkennbar. Diese extreme Form der Zusammenfassung sei gut überschaubar, um Tendenzen zu erkennen.

Herr Strüwer hält das System auch für ein gutes Handlungsinstrumentarium



sowohl für die Jugend-, als auch die Sozialarbeit. Er dankt der Verwaltung.

Herr Schledorn gibt zu bedenken, dass über die Nachhaltigkeitsbegrifflichkeiten diskutiert werden könne. Er schlägt vor, mit dem Agendabeirat vor Erstellung der nächsten Broschüre ins Gespräch zu kommen und fachlich zu diskutieren. Bei einigen Bereichen habe er sich geärgert, dass diese unter den Nachhaltigkeitsbegriff fielen. Dies müsse inhaltlich diskutiert werden.

Herr Strüwer rät den Ausschussmitgliedern, die noch konkrete Vorschläge hätten, diese für dieses Verfahren schriftlich dem Agendabeirat zukommen zu lassen.

Herr Dücker widerspricht Herrn Schledorn in der Aussage, dass Kultur nicht nachhaltig in ihrer Wirkung sei. Genau das Gegenteil sei der Fall.

Herr Steuber formuliert einen weiteren Beschlussvorschlag zur Synchronisierung des Prozesses, der auf Vorschlag von Herrn Dücker als zusätzlicher 4. Punkt von Herrn Strüwer zur Abstimmung gestellt wird.

Beschluss:

1. Der erste Hagener Nachhaltigkeitsbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die Indikatoren fortzuschreiben und der Politik alle zwei Jahre einen Bericht vorzulegen.
3. Für den Bereich Lärm werden im Rahmen der Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie Daten erhoben.
4. *Unter dem Gesichtspunkt des demographischen Wandels sollen die Ergebnisse sowie die Ergebnisse anderer Erhebungen zusammengefasst werden, um eine einheitliche Gesamtdarstellung herbeizuführen und zukünftige Doppelerhebungen zu vermeiden.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Sprachstandserhebung in Kindertageseinrichtungen Hier: Unterbringung der Kinder

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Opitz-Hildebrand beschreibt anhand von Folien das Verfahren der



Sprachstandsfeststellung. Diese sind **als Anlage** dem Protokoll beigelegt.

Herr Dr. Schmidt weist auf die Problematik hin, die sich ergäbe, wenn 300 Kinder nahezu gleichzeitig getestet werden müssten.

Sprachförderung sei in jedem Fall begrüßenswert, es entstünden jedoch hier Kosten für die Gemeinde durch ein Landesgesetz, das kostenneutral sein sollte. Er habe die betroffenen Stellen gebeten, nachzuhalten, was an Kosten anfalle, um dem Land im Sommer eine Rechnung zu schicken.

Frau Machatschek möchte wissen, was denn Konsequenz sei, wenn die Eltern trotz der Aufforderung, ihre Kinder in den Kindergarten zu schicken, dieser Aufforderung nicht nachkämen.

Frau Opitz erklärt, dass in dem Fall kostenlose Sprachkurse angeboten werden müssten. Dann würden diese Kinder verbindlich einem Sprachkurs zugewiesen.

Herr Reinke fragt, wie das in den Schulen organisiert würde. Dies sei doch auch ein erheblicher Aufwand.

Frau Opitz antwortet, dass zusätzlich auch Sozialpädagogen mit eingesetzt würden.

Herr Sczukowski hält es für eine Zumutung, dass die Träger nicht rechtzeitig mit dem Verfahren bekannt gemacht worden seien. Erst in den letzten Tagen fänden Absprachen zwischen Schulen und Kindertagesstätten statt. Er vermute, es werde Schwerpunktbildungen geben. Könne man jetzt schon sagen, wo diese zu erwarten seien?

Frau Opitz teilt mit, dass man im Moment dabei sei, die Kinder Schulbezirken zuzuordnen und man könne voraussichtlich Anfang April sagen, welche Kindertageseinrichtungen in welchen Bezirken zuständig seien.

Frau Burghard ist der Meinung, dass die Sprachstandserhebung mit dem vierten Lebensjahr viel zu spät ansetze. Dann sei die primäre Sprachentwicklung schon abgeschlossen. Die Förderung setze viel zu spät ein. Sie regt an, die Erhebung zukünftig eher durchzuführen.

Herr Dücker möchte nicht nur Kritik üben, sondern auch feststellen, dass es gut sei, dass das Problem angegangen werde. Das erste Jahr werde schwer sein. Er hoffe, dass nur ein kleiner Teil der Kinder Sprachdefizite aufweise.

Herr Fischer hält es für wichtig, die Frage zu stellen, mit welchen Aussichten auf Erfolg man diese Maßnahme durchführe. Dies halte er für einen Schwachpunkt der Sprachstandsfeststellung.

Herr Haensel äußert große Skepsis, ob man mit diesem Verfahren wirklich die Sprachfähigkeit von vierjährigen Kindern feststellen könne. Seien Erzieherinnen und Lehrerinnen als Team auf diese Aufgabe gut vorbereitet?

Herr Steuber macht deutlich, dass bei ihm persönlich die positive Einstellung zu



diesem Verfahren überwiege. Dies sei eine große Chance, die man gemeinsam nutzen solle.

Herr Strüwer fasst zusammen, dass

1. das Verfahren allgemein begrüßt werde,
2. gemachte Erfahrungen ausgewertet werden müssten,
3. nachgebessert werden müsse,
4. die Frage geklärt werden müsse, wer für die Finanzierung aufkomme.

**7. Stellenplan 2007 für den Fachbereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0092/2007**

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Beschluss:

Die Vorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Die Vorlage wird zum 27.02.2007 realisiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**8. Zuschüsse zu den Teilnehmerbeiträgen von Ferienfreizeiten
Vorlage: 0132/2007**

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.



Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Gewährung folgender Zuschüsse zu den Kosten für Ferienmaßnahmen nach § 11 Abs. 3 in Verbindung mit § 90 SGB VIII:

Für Empfänger von Arbeitslosengeld II sowie Pflegekinder bis zu	205,00 €
für andere Teilnehmer (einkommensabhängig)	
für Maßnahmen mit mindestens 18 Übernachtungen bis zu	128,00 €
für Maßnahmen mit mindestens 12 Übernachtungen bis zu	93,00 €
für Maßnahmen mit mindestens 6 Übernachtungen bis zu	60,00 €

Die Bezuschussung ist auf eine Maßnahme pro Teilnehmer und Jahr beschränkt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. **Anfrage der CDU-Fraktion gem. § 10 (1) GeschO des Rates
Umsetzung von Handlungsempfehlungen aus dem Gesundheitsbericht
Hier: Gewalt gegen Kinder**

Herr Matzke beantwortet die Anfrage. Die Ausführungen sind der Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

10. **Satzungen zu Betreuungsangeboten für Kinder in Hagen
Vorlage: 0111/2007**



Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Hagen beschließt die Satzungen über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und offener Ganztagschule, wie sie dieser Vorlage als Anlagen beigefügt sind.

Die Verwaltung wird beauftragt nach Ablauf des Kindergarten- / Schuljahres 2007/2008 die finanziellen Auswirkungen der Geschwisterkinderregelung zu ermitteln.

Die Vorlage wird zum 01.08.2007 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 12
Dagegen: 1
Enthaltungen: 0

11. Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Hagen 2007 - 2009 Zweite Lesung Vorlage: 0030/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer führt in die Thematik der Vorlage ein und verweist auf die vorausgehende Diskussion in beiden Arbeitsgemeinschaften und im Unterausschuss Jugendhilfeplanung. Dort sei der Jugendförderplan einstimmig so beschlossen bzw. dem Jugendhilfeausschuss empfohlen worden, diesen zu beschließen.

Herr Goldbach erläutert die wesentlichen Inhalte des Jugendförderplans.



Frau Machatschek ist aufgefallen, dass es ganz wichtig sei, die ARGE in dem Themenbereich „Übergang Schule und Beruf“ in die Pflicht zu nehmen, dass diese Mittel zur Verfügung stelle.

Herr Goldbach teilt mit, dass die ARGE an den Planungen konstruktiv beteiligt sei. Die Bereitschaft sei dem Grunde genommen nach vorhanden, aber es gebe das Problem, die Maßnahmen mit den Richtlinien der ARGE förderkonform zu gestalten. Die ARGE beziehe sich immer auf SGB II-Empfänger. Es sei daher wichtig, festzustellen, wie zielgenau man eine solche Maßnahme formulieren könne, um sie in eine Förderschiene bringen zu können.

Herr Strüwer verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass zukünftig ein Vertreter der ARGE als beratendes Mitglied an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses teilnehmen werde. Dies habe ein Antrag der Fraktionen auf Satzungsänderung möglich gemacht.

Herr Steuber erklärt, dass es noch eine Weile dauere, bis ein Vertreter der ARGE an den Sitzungen teilnehmen könne, da vorher noch einige Schritte notwendig seien. Die Satzungsänderung müsse veröffentlicht werden und nach Benennung der ARGE-Vertreter durch die Geschäftsführung der ARGE müsse der Rat der Stadt Hagen erneut darüber beschließen.

Herr Gebauer möchte auf den bestehenden dringenden Handlungsbedarf hinweisen. Das Ganze stehe auf sehr wackeligen Beinen, solange man auf Drittmittel angewiesen sei. Wenn an irgendeiner Stelle dieser Vorlage etwas wegbreche, wäre es sinnvoll zu schauen, inwieweit Kompensation herbeigeführt werden könne.

Herr Decker wiederholt seine Bitte, im Rahmen der Offenen Jugendarbeit/Jugendverbandsarbeit die Richtigkeit der Fördersummen zu überprüfen.

Herr Strüwer gibt einen Hinweis aus dem Unterausschuss, dass die Entwicklung dieses Bereiches hauptsächlich aufgrund der konstruktiven Zusammenarbeit von Stadt und Trägern möglich gewesen sei. Es sei von beiden Seiten eine große Dynamik und Flexibilität an den Tag gelegt worden. Probleme seien durch Verschiebungen von Zuschüssen gelöst worden, da man nicht mehr Geld zur Verfügung gehabt habe. Die Entwicklung dieses Jugendförderplans sei für alle Beteiligten ein Menge Arbeit gewesen. Wichtig sei es allen Beteiligten, dass dieser Prozess in gleicher Weise fortgeführt werde. Der Plan solle nicht zur Stagnation führen, sondern von der bisherigen Dynamik und Flexibilität geprägt sein wie bisher. Er bedankt sich abschließend bei allen Beteiligten.

Auf Nachfrage von Herrn Decker, warum bei der Entwicklung der Kinderzahlen in Hagen im Bereich des Hagener Nordens der Ortsteil Garenfeld zu Hohenlimburg zugerechnet werde, sichert die Verwaltung zu, diese Frage zu klären.

Herr Strüwer weist auch darauf hin, dass die Verwaltung versprochen habe, sich ergebende Veränderungen der Zahlen für 2006 vor weiteren Beratungen zu aktualisieren.



Beschluss:

Der Kinder- und Jugendförderplan für die Stadt Hagen wird beschlossen.
Die Verwaltung wird beauftragt, die geplanten Veränderungen im vorgeschlagenen zeitlichen Rahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

12. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates

Herr Dücker möchte wissen, ob in den Räumen des VIKZ in der Körnerstraße Unterrichtsbetrieb stattfindet. Er stelle fest, dass gegen 17.00 Uhr dort viele Kinder und Jugendliche aus dem Gebäude kämen.

Herr Steuber erklärt, dass es bis heute keine weitere Terminierung von Gesprächen mit dem Jugendministerium und den betroffenen Jugendamtsleitern gegeben habe.

Herr Strüwer teilt mit, dass es auch keine neuen Gespräche zwischen der Landesregierung und dem Landschaftsverband gegeben habe. Er bittet die Verwaltung, in Erfahrung zu bringen, was in den Räumlichkeiten des VIKZ passiert.

Ende des öffentlichen Teiles: 18:25 Uhr

Gez. Strüwer
Vorsitzender

Gez. Krause
Schriftführerin